

■ Deutsch-Griechische Konferenz in München

Neue Perspektiven für Griechenland? Ein Land zwischen Hoffen und Bangen

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Hanns-Seidel-Stiftung / Griechische Kulturstiftung Palladion

München, 25. Oktober 2014

Bericht von Panagiotis Kouparanis, Berlin

□ Auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung und ihrer Kooperationspartner, der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) und der Griechischen Kulturstiftung Palladion, fanden sich am 25. Oktober 2014 zahlreiche Griechenland-Experten, Journalisten und Wissenschaftler aus beiden Ländern zu einer wissenschaftlichen Fachtagung im Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung ein, um eine Bilanz der bisherigen Reformanstrengungen zu ziehen und neue Perspektiven für Griechenland aufzuzeigen.

Europa sei mehr als ein gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Raum. Es sei ein Garant für Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Wohlstand. Um das zu erhalten, müsse man auch in schwierigen Zeiten zusammenstehen. Deshalb sei es auch richtig, dass Griechenland in der jetzigen Krise geholfen werde. Doch letztendlich, so die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. *Ursula Männle*, in ihrer Eröffnungsansprache, könne nur Griechenland selbst die Krise überwinden. Die jetzige Regierung habe Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, die der Bevölkerung viel abnötigen. Dadurch ist erstmals seit langem wieder ein Primärüberschuss im Haushalt und auch Wachstum erzielt worden. Dennoch steigt die Verschuldung weiter an, während sich der Prozess der Deregulierungsbemühungen und Verwaltungsreformen „zäh“ gestalte.

Bei einzelnen Maßnahmen habe die Regierung nicht immer eine glückliche Hand bewiesen, konstatierte Assoc. Prof. Dr. *Franz-Lothar Altmann* als Vertreter des SOG-Präsidiums in seiner Einführungsrede mit Blick auf die Immobilien- und die Sondersteuer auf Gas. Überdies haben infolge der Krise eine halbe Million griechischer Familien kein Einkommen mehr; rund 100.000 Betriebe mussten schließen. Das führte zu einer Stärkung von radikalen politischen Kräften. Es

sei nicht auszuschließen, dass die linke Partei SYRIZA bei den immer wahrscheinlicher werden den Neuwahlen im März 2015 als Sieger hervorgehen wird. Man müsse sich fragen, ob Griechenland und die griechische Regierung in dieser Phase genügend von den europäischen Partnern gestützt würden, und ob diese begriffen, dass sich das Land am Scheideweg befände.

Griechenland bis zur Krise

In einer historischen *Tour d'horizon* zeigte der Neogräzist Prof. Dr. *Ioannis Zelepos* (Ludwig-Maximilians-Universität München) auf, dass Wirtschaftskrisen, Staatsbankrotte, Auslandsanleihen und Finanzaufsicht ebenso wie ein überdimensionierter Militärhaushalt, aufgeblähte Verwaltung, geringe Steuereinnahmen und uneffektive Steuereintreibung immer wiederkehrende bzw. beständige Phänomene in Griechenland seit der Staatsgründung vor über 180 Jahren waren. Der Staat wurde von den Großmächten aus der Taufe gehoben, von ihnen weitgehend kontrolliert, mitunter auch finanziert und – zumindest im 19. Jh. mit Hilfe von außen – organisiert (gemeint ist hier vor allem das deutsche Personal in der griechischen Verwaltung, das infolge der Regentschaft des ersten griechischen Königs, des Wittelsbachers Otto I., nach Griechenland kam). Auf diese „Vorgeschichte“ rekurrierten die Medien, als sie bei Ausbruch der aktuellen Schuldenkrise von einem *Failed State* sprachen. Durchaus verständlich, befand der Redner, vor dem Hintergrund, dass der Euro in Gefahr geriet. Dennoch sei zu wenig bekannt, dass der neugriechische Staat immer wieder wichtige Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt hat (Straßenbau, Elektrifizierung, Landgewinnungsprojekte, etc.) und in den 1920er Jahren 1,2 Millionen Flüchtlinge aus Kleinasien aufnehmen und eingliedern musste.

Die Infrastrukturmaßnahmen, so Zelepos, wurden allerdings mit Auslandskrediten realisiert. Dadurch geriet Griechenland in Abhängigkeitsverhältnisse – nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit von den USA. Aus dieser Abhängigkeit löste es sich nach und nach durch eine konsequente Annäherungspolitik an Westeuropa, die durch den mehrmaligen Premierminister Konstantinos Karamanlis eingeleitet wurde. Er war es auch, der nach dem Fall der Militärjunta 1974 das Land konsequent zum Beitritt in die Europäische Gemeinschaft 1982 führte. Die massenhaften Einstellungen im öffentlichen Dienst und den öffentlichen Unternehmen, insbesondere in den 1980er Jahren, seien ein Rückschritt gewesen. Die Möglichkeit, nach dem Beitritt in den Euroraum Kredite mit niedrigen Zinsen aufzunehmen, hatte die Regierungen dazu verleitet, alte Fehler zu wiederholen und Reformanstrengungen zu vernachlässigen. Die Rechnung wurde prompt präsentiert. Doch, so der optimistische Ausblick von Zelepos, Griechenland war und ist lern- und reformfähig.

Bilanz und Perspektiven von fünf Jahren Reform- und Konsolidierungsbestrebungen

Internationale Organisationen wie die OECD und die Weltbank bescheinigen inzwischen Griechenland Fortschritte in punkto Reformeifer und Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, so der Parlamentsabgeordnete der Nea Dimokratia, *Konstantinos Hatzidakis*. In deren Berichten werde die Tatsache honoriert, dass der Arbeitsmarkt zunehmend flexibilisiert werde, Wettbewerbshindernisse abgebaut, Neugründungen von Unternehmen vereinfacht und die Privatisierungen ein ganzes Stück vorangebracht wurden. Obwohl die Grundvoraussetzungen für Wirtschaftswachstum geschaffen wurden, sei es dem Land bislang noch nicht gelungen, endgültig ein neues Kapitel aufzuschlagen. Der ehemalige Minister für Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit nannte als Ursache dafür das Fehlen zweier Faktoren: die Liquidität in der Realwirtschaft und die Wiedererlangung der vollen Glaubwürdigkeit.

Die fehlende Liquidität auf dem griechischen Markt wird auf 15 bis 18 Milliarden Euro geschätzt. Trotz Rekapitalisierung leidet die Kreditfähigkeit der griechischen Banken u.a. daran, dass viele Privat- und Firmenkunden nicht in der Lage sind, ihre Kredite zu bedienen.

Abhilfe soll hier das griechische *Institute for Growth* schaffen, das nach dem Beispiel der deutschen KfW funktionieren wird. D.h., es werden Kredite vor allem an den Mittelstand vergeben. An der Kapitalisierung dieses Kreditinstituts sind u.a. der griechische Staat und die KfW mit jeweils 100 Millionen Euro beteiligt. In diese Richtung seien noch weitere und größere Initiativen vonnöten. Denn je mehr Liquidität vorhanden ist, umso mehr steige das Vertrauen in Griechenland und in die griechische Wirtschaft. Dieses Vertrauen generiere wiederum höhere Liquidität. Das Land brauche jetzt Zeit für den Reformprozess, Verständnis der Partner und politische Stabilität. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die Opfer des griechischen Volkes umsonst seien.

Die Frage der politischen Stabilität Griechenlands sah Minister a.D. Dr. *Otmar Bernhard* (CSU-Abgeordneter im Bayer. Landtag) aktuell mit der Frage verbunden, ob es den griechischen Regierungsparteien gelingen werde, eine Mehrheit für die Wahl eines neuen Staatspräsidenten im Februar 2015 zu bekommen. Dessen ungeachtet habe das Land nach Meinung des Finanz- und Wirtschaftsexperten bislang große Reformanstrengungen unternommen. Sie müssten weitergeführt werden, damit es zur wirtschaftlichen Stabilität gelange. Zudem müsse Steuerhinterziehung konsequent verfolgt, Transparenz erhöht, die Verwaltung effektiver und gezielt exportorientierte Unternehmen gefördert werden. Dass Griechenland ohne ein neues Kreditpaket der Troika auskommen werde, wie es die griechische Regierung präferieren würde, sei angesichts des Anziehens der Zinsen für griechische Anleihen fraglich.

„Voreilig“ nannte Finanzanalyst Dr. *Jens Bastian* (Athen) die Absicht der griechischen Regierung, den Finanzierungsbedarf des Landes auf den Geldmärkten zu decken. Bei einem weiteren Hilfspaket sollte seiner Meinung nach dieses und die dazugehörigen Bedingungen mit den europäischen Partnern ohne den IWF vereinbart werden. Unabhängig davon solle man sich angesichts des Anstiegs der Staatsschuld auf 176 Mrd. Euro grundsätzlich über die Schuldentragfähigkeit Griechenlands Gedanken machen. Laufzeitverlängerung und Zinsreduzierung seien „Heftpflaster-Lösungen“. Ein kreativer Lösungsansatz wäre z.B., die Schulden zu reduzieren, wenn im Gegenzug Strukturreformen umgesetzt würden. Dabei sei der Beitrag der Task Force Griechenland als auch der Deutsch-Griechischen Versammlung gefragt, die ihre Arbeit aber noch besser aufeinander abstimmen müssten.

Eingehend auf die wirtschaftliche Situation des Landes vertrat Bastian die These, dass das Land die wirtschaftliche Talsohle überwunden habe. Zum ersten Mal seit Jahren produzierte es im 3. Quartal 2014 ein – wenn auch geringes – Wachstum. 2015 könnte dieses auf fast 3 % steigen. Robuste Aussagen seien aber nicht möglich, da man z.B. nicht wisse, wie es mit der europäischen Konjunktur weitergehe, inwieweit die Liquiditätsfrage in Griechenland gelöst werde oder aber was die Sanktionen gegen Russland für die landwirtschaftlichen Exporte und den Tourismus für Folgen haben könnten. In Bezug auf die Überwindung der Liquiditätsengpässe schlug Bastian neben dem *Institute for Growth* den Aufbau von Mikrofinanzstrukturen vor, um den Bedarf der lokalen Wirtschaft zu decken oder auch um Kapital für *Startups* bereitzustellen. Und damit die Exportfähigkeit der Betriebe gesteigert wird, sollten nach dem Beispiel der deutschen Hermesbürgschaften in Griechenland staatliche Exportkreditgarantien eingeführt werden.

Die soziale und innenpolitische Lage in Griechenland

Die soziale Situation nehme zunehmend den Charakter einer humanen Krise in Griechenland an, warnte der vormalige Innenminister Dr. *Evrpidis Stylianidis* (Nea Dimokratia). Die Besteuerung der Einkünfte der abhängig Beschäftigten sei in den letzten sechs Jahren sieben Mal, die der Selbstständigen neun Mal erhöht worden und die Abgaben auf Immobilien wurden sogar

um 800 % gesteigert. Dagegen sind im gleichen Zeitraum die Einkommen im Durchschnitt um 40 % gesunken. Finanzielle Folgen dieser Entwicklung sind, dass dem Staat 67,9 Mrd. Euro Steuern geschuldet, bei den Banken Kredite in Höhe von 77 Mrd. Euro nicht bedient werden und bei den Renten- und Krankenkassen 15 Mrd. Euro an Beiträgen nicht einbezahlt wurden. Die sozialen Folgen der bisherigen „rigiden“ Anpassungspolitik sind u.a. hohe Arbeitslosigkeit und Anstieg der Armut: 2,5 Millionen Menschen, bzw. 23 % der Bevölkerung, lebt mittlerweile unter der Armutsgrenze, d.h. sie haben ein Einkommen, das niedriger als 60 % des Durchschnittsverdienstes ist. Solche Verhältnisse rüttelten an den Grundpfeilern der sozialen Marktwirtschaft. Um dem entgegenzutreten, müssten klügere Reformansätze angewandt werden, die Privatisierungen gezielter und schneller vorgenommen, der Mittelstand mit Krediten versorgt und eine Steuergesetzgebung umgesetzt werden, die sowohl einen Anreiz für Unternehmertum als auch für ausländische Investitionen darstellt. Letztendlich müssten aber auch „endgültige und klare Entscheidungen“ über die Handhabung der griechischen Schulden auf europäischer Ebene getroffen werden.

Die bisherige Entwicklung habe aber auch politische Konsequenzen, erklärte Stylianidis: Zum ersten Mal in der Geschichte Griechenlands führe mit beständig 4 % Vorsprung eine linke Partei, nämlich SYRIZA, in den Umfragen. Diese – „zwar europaskeptische, aber nicht Europafeindliche“ – Partei verlange in ihrer populistischen Rhetorik einen Schuldenschnitt und eine Änderung der angewandten Reformpolitik, ohne sich aber festzulegen, welchen Kurs sie stattdessen einschlagen wolle. Weitere politische Folgeerscheinungen der Krise seien die Erstarkung der rechtsextremen Partei „Goldene Morgenröte“ und auch das Entstehen einer Anzahl kleinerer Parteien. An der Zersplitterung der Parteienlandschaft sei hingegen nicht nur die Wirtschaftskrise schuld. Dazu trage auch das Organisationsprinzip der etablierten Parteien bei. Die Konzentration der innerparteilichen Macht auf den jeweiligen Parteiführer gehe zu Lasten der innerparteilichen Demokratie, der Einheit und der Kollegialität. Zu diesen Verfehlungen trage eine griechische Wirtschaftselite („Wirtschaftsoligarchie“) bei, die auf das politische Geschehen des Landes Einfluss nehme, indem sie Parteien neu gründe oder zerstöre, Politiker finanziell aufbaue oder „in die Wüste schicke“. Alleiniges Kriterium ihrer Einflussnahme seien ihre eigenen Interessen und nicht die des Landes.

Ein nüchternes Bild der Lage in Griechenland zeichnete der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. *Angelos Kotios* (Wirtschaftsuniversität Piräus). Der Reformanpassungsprozess sei zwar „absolut notwendig“, was aber bisher vorstättengehe, sei mehr „improvisiert“ als profund. Eine Evaluation der von den Kreditgebern verordneten Maßnahmen fände kaum statt. Täte man das, so würde man herausfinden, dass die Anpassungspolitik wenig Effekte zeige. Im Gegenteil: Die Ungleichheit bei der Verteilung der Lasten der Krise sei geblieben, Steuerflucht gebe es weiterhin, das Land leide unter einem *Braindrain*, Arbeitslosigkeit und Armut seien gestiegen. Die verordneten Lohnsenkungen hätten ebenfalls nichts bewirkt; allerdings seien sie mit 21 % Anteil an den Gesamtkosten auch vor dem Ausbruch der Krise kein relevanter Faktor gewesen. Das Allheilmittel, um aus der heute misslichen Lage heraus zu kommen, sei Wachstum. Damit aber Griechenland wieder Schuldentragfähigkeit erlange, brauche es für die nächsten Jahrzehnte ein jährliches Wachstum von 4-5 %. Das sei utopisch – kein Land der Welt sei dazu in der Lage. Deshalb müsse über die griechischen Schulden geredet werden – auch damit die Reformpolitik gelingen könne. Das wiederum werde nicht gelingen, wenn man die Menschen im Land nicht „mitnehme“. Die sozialen Folgen des bisherigen Anpassungsprozesses leisteten aber wenig Überzeugungskraft.

In seiner Bilanz von fünf Jahren griechischer Schuldenkrise gelangte *Michael Martens* (FAZ) zu dem Ergebnis, dass zumindest die Debatte um vieles sachlicher geworden sei. Von den

verbalen Attacken in Deutschland und Griechenland auf den jeweils Anderen sei wenig übrig geblieben. Diese Entwicklung beobachte er auch bei SYRIZA, der Partei, die womöglich die nächste Regierung stellen könnte. Ihr Parteiführer Alexis Tsipras sei zwar ein linker Populist, aber kein Anti-Europäer. In seinen Reden ließe er mittlerweile viel Spielraum für Interpretationen, wie eine mögliche SYRIZA-Regierung in der Tagespolitik wirklich agieren werde.

Das Flüchtlingsproblem verlangt eine europäische Antwort

Auch eine solche Regierung würde mit einem Problem umgehen müssen, an dem sämtliche griechische Regierungen seit 25 Jahren gescheitert sind: der Flüchtlings- und Migrationsfrage. Seit 1989 ist Griechenland Einwanderungsland hunderttausender Menschen geworden, die illegal die Grenze überqueren. Zuerst kamen sie aus den ehemals sozialistischen Ländern und danach aus Asien und Afrika. Als Land an der EU-Außengrenze sei Griechenland von jedem Krisenherd in diesen Regionen unmittelbar betroffen. Wie Prof. Dr. *Angelos Syrigos* (Generalsekretär im griechischen Innenministerium) darlegte, ist laut Dublin-Verordnung sein Land gezwungen, jeden Flüchtling, der die Grenze überquert, aufzunehmen und ein Asylverfahren einzuleiten. In den Jahren 2006-2014 sind rund 850.000 Flüchtlinge beim Versuch, die Grenze illegal zu überqueren, verhaftet worden. Davon leben heute noch 500.000 bis 600.000 weiterhin in Griechenland. Man habe vor allem aus humanitären Gründen von einer Rückführung abgesehen. Diese Flüchtlinge erhalten keine staatlichen Zuwendungen, d.h. sie sind auf sich selbst angewiesen. Ihren Lebensunterhalt sichern sie sich u.a. durch Schwarzarbeit oder auch kriminelle Handlungen.

Doch nicht nur damit ist der griechische Staat konfrontiert, so Syrigos. Die Sicherung der Grenze vor illegaler Überquerung (in der Ägäis werden täglich rund 200 Flüchtlinge aufgefangen) erfordere erhebliche finanzielle Aufwendungen. Bei einer Bevölkerung von kaum 11 Millionen sei Griechenland mit diesem Problem überfordert. Da es sich von der Mehrheit der EU-Partner im Stich gelassen sieht, wendet es seit zwei Jahren die Dublin-Verordnung nicht mehr an. Dennoch müsse eine gemeinsame Lösung gefunden werden, denn schließlich handle es sich nicht um ein rein griechisches, sondern um ein europäisches Problem. Ziel müsse es sein, nach einem gerechten Aufnahmeschlüssel die Flüchtlinge auf alle Staaten der EU aufzuteilen.